Dokumentation: Bürgerversammlung zu den Finanzen der Stadt Rüsselsheim am 15.01.2026

1. Allgemeine Informationen

- **Datum der Versammlung:** 15. Januar 2026
- **Ort:** Ratssaal des Rathauses, Rüsselsheim am Main
- **Moderation & Übertragung:** Radio Rüsselsheim (Achim Weidner als Kommentator, Jens Grode als Stadtverordnetenvorsteher und Gastgeber)
- **Rechtliche Grundlage:** § 8a der Hessischen Gemeindeordnung (HGO)

2. Struktur und Ablauf der Versammlung

Die Versammlung wurde vom Stadtverordnetenvorsteher Jens Grode einberufen, um die Bürgerschaft über die prekäre Haushaltslage und anstehende Aufgabenpriorisierungen zu informieren. Der Ablauf gliederte sich wie folgt: 1. **Einleitung und Einordnung:** Bericht des Oberbürgermeisters und Kämmerers zur Finanzlage. 2. **Dezernatsrunde:** Statements der hauptamtlichen Dezenenten zur Ausgabensituation und zu Konsolidierungsansätzen. 3. **Zivilgesellschaft & Wirtschaft:** Talkrunde mit Vertretern von Sport, Kultur, Gewerbe und Elternbeirat. 4. **Politische Fraktionen:** Positionierung der Fraktionsvorsitzenden zur zukünftigen Haushaltsgestaltung. 5. **Bürgerfragerunde:** Offene Diskussion und Fragen aus der Einwohnerschaft.

3. Wesentliche Inhalte und Kernzitate

3.1. Bericht des Kämmerers (Oberbürgermeister Patrick Burghardt)

- **Historische Krise:** Rüsselsheim befindet sich in der schwierigsten finanziellen Situation seiner Geschichte. Dies ist jedoch kein exklusives Problem, da der kumulierte kommunale Fehlbetrag in Deutschland 2025 auf knapp 40 Milliarden Euro zuläuft.
- **Haushaltsjahr 2025:** Der Haushalt schloss mit einem Defizit von rund **83 Millionen Euro** ab. Wesentliche Treiber von einem Jahr auf das andere (2024 zu 2025) waren:
- Rückgang der Steuererträge um **49,7 Millionen Euro** (insb. durch eine unvorhergesehene Gewerbesteuerrückzahlung von 60 Millionen Euro).
- Anstieg des Personalaufwands um **16,5 Millionen Euro**.
- Erhöhung der Kreisumlage an den Kreis Groß-Gerau um **4,8 Millionen Euro**.
- Steigerung der Transferaufwendungen (insb. Jugendhilfe) um **4,2 Millionen Euro**.
- **Haushaltsplan 2026:** Eingebracht mit einem prognostizierten Defizit von **22,59 Millionen Euro** bei einem Gesamtvolumen von rund 300 Millionen Euro.
- **Haushaltsicherungskonzept (HSK) bis 2031:** Ziel ist das Erreichen der Netto-Null bis 2031. Der Plan sieht vor, die Liquiditätskredite bis 2028 auf 195 Millionen Euro zu deckeln.
- **Maßnahmen und Steuern:** 130 unbesetzte Stellen wurden im Haushaltsplan gestrichen. Die

Einbringung erfolgte *ohne Erhöhung der Grundsteuer*. Allerdings mussten unpopuläre Schritte wie die Anpassung der Straßenreinigungsgebühr (gesetzlicher Kostendeckungszwang) vollzogen werden.
- **Kritik an Bund und Land:** Burghardt kritisiert das Abwälzen gesellschaftlicher Aufgaben (z. B. 30 Millionen Euro Unterdeckung im Jugendhilfebereich) auf die Kommunen ohne ausreichende Konnektivität ("Wer bestellt, bezahlt"). Alle Kreis-Kommunen demonstrierten hierzu mit einer "Stoppschild-Kampagne".

3.2. Statements der Dezernenten

- **Bürgermeister Murat Karakaya (Soziales, Schulen, Kitas):** * Berichtet über eine erfolgreiche strukturelle Einsparung von **4,5 bis 5 Millionen Euro** im ersten Amtsjahr innerhalb seines Dezernats bei gleichbleibender Qualität.
- Weist auf den massiven Druck durch gesetzliche Pflichtaufgaben hin (Kita-Pflicht ab dem 3. Lebensjahr, kommende Ganztagsbetreuungspflicht im Grundschulbereich ab Sommer).
- Plädiert in der Krise für eine klare "Triage" und Priorisierung: Die 15.000 Kinder der Stadt müssen die höchste Priorität besitzen. Aus finanzieller Not musste das Kita-Projekt Königstädten vorerst gestoppt werden. Die Max-Planck-Schule steht vor einem unaufschiebbaren Ersatzneubau (Investitionsvolumen ca. 50 Millionen Euro).
- **Baustadtrat Simon Valerius (Bauwesen, Stadtentwicklung):**
- Fokus liegt auf Werterhaltung der bestehenden Infrastruktur, um teure Folgeschäden zu vermeiden.
- Durch optimierte Planungsprozesse (Beispiel Eichgrundschule) konnte bereits **ein Drittel der prognostizierten Baukosten** eingespart werden. Dieses Modell soll auf andere Bauprojekte übertragen werden.

3.3. Perspektiven aus der Stadtgesellschaft

- **Hanno Kirsch (Stadtverband der kulturellen Vereine):** Solidarisiert sich mit dem Magistrat gegen die unzureichende kommunale Steuerausstattung (Modell der 1950er Jahre passt nicht mehr). Die 60 Kulturvereine (ca. 6.000 Mitglieder/Förderer) arbeiten am Limit. 2017 führten nicht genehmigte Haushalte bereits zu existenzbedrohenden Haushaltssperren für Vereine.
- **Maike Jatzdani (Stadtelternbeirat Kitas):** Unterstreicht die ökonomische und soziale Bedeutung frühkindlicher Bildung zur Vermeidung langfristiger Folgekosten (Integration, Sprachförderung). Schildert drastische Zustände in unsanierten Einrichtungen (Geruchsbelästigung in Toiletten aus den 1970ern, Hitzebelastung von über 40 °C im Sommer). Sie priorisiert Kitas klar vor Straßenbau.
- **Peter Kreuzer (Sportbund Rüsselsheim):** Vereine leisten essentielle Integrations- und Wertearbeit. Er plädiert für eine "Konzentration auf das Wesentliche" statt Neubauten (z. B. keine Investition in eine Bobbahn).
- **Herr Bernhard (Gewerbeverein Rüsselsheim 1888):** Erklärt die historischen Sünden der 1970er/80er Jahre, als hohe Opel-Gewerbesteuern zur Schaffung einer überdimensionierten Infrastruktur führten (Bsp. Theater, Schwimmbäder). Die traditionelle Einkaufsstadt ist vorbei, die Innenstadt benötigt Umnutzung (Wohnen, studentisches Leben, dosierte Gastronomie). Er warnt eindringlich vor einer Erhöhung der Gewerbesteuer, da das aktuelle Aufkommen "dem eines Dorfes entspricht".
- **Wolfgang Jung (Bürgerhaus Bausheim):** Präsentiert das Bausheimer Modell als Vorbild für pragmatische Bürgerverantwortung. Durch Eigenleistung und einen Aufwand von nur 1.200 Euro konnte eine stinkende Toilettenanlage saniert werden - ein Plädoyer für pragmatische Mindeststandards statt Maximum-Regulatorik.

3.4. Positionen der Fraktionen

- **Frau Kutüger-Mitzer (SPD):** Priorisiert Kitas, Schulen (insb. Differenzierungsräume bei Klassenstärken von 30 Schülern) und Vereine. Lobt die effiziente, dezenatsübergreifende Zusammenarbeit im Magistrat.
- **Frau Gropp (CDU):** Fordert mehr unternehmerisches Denken und "Tun" in der Verwaltung.

Die Wirtschaftsförderung arbeitet gut, Prozesse bei der Gewerbeansiedlung (Eselswiese, Opel-Flächen/VGP) dauern im Haus jedoch deutlich zu lange. Belastungsgrenze der Bürger sei erreicht.

- **Herr Vogt (Grüne / Liste Soli):** Als "Parlaments-Dino" (30 Jahre Zugehörigkeit) erinnert er an historische Konsolidierungen (Abgabe Opelschwimmbad, Hortstreichung). Berechnet den Sanierungsbedarf für 18 Schulen und 29 Kitas auf über 1 Milliarde Euro in 50 Jahren. Das Theater schlägt im Vergleich mit nur 1,5 Millionen Euro jährlichem Zuschuss zu Buche. Fordert strukturelle Entlastung des Kreises (z. B. Schließung der Kreisklinik wegen eigenem GPR-Klinikum, Auflösung von Doppelstrukturen wie Wertstoffhöfen und Volkshochschulen).
- **Herr Walschuch (WSR):** Kritisiert den eingebrachten Haushalt scharf als "Rohentwurf" und verweigert weitere Steuererhöhungen. Er fordert, dass der Hauptamtliche Magistrat fertige Konsolidierungsvorschläge vorlegt, statt die Verantwortung ins Ehrenamt des Parlaments zu schieben. Kritisiert die auf 104 Millionen Euro gestiegenen Personalkosten und fordert ein echtes *Zero-Based Budgeting*.
- **Herr Satz (FDP / Freie Wähler Plus):** Unterstützt den "kommunalen Ungehorsam" gegen Bund und Land. Fordert mehr bürgerschaftliches Engagement (historisches Beispiel: Erhalt der Großsporthalle/Walter-Köbel-Halle durch Handwerker) und den Abbau interkommunaler Doppelstrukturen.
- **Herr Humami (FR):** Sieht durch Digitalisierung und Reorganisation administrative Einsparpotenziale in der Verwaltung, nimmt die Mitarbeiter jedoch vor Pauschalkritik in Schutz.

4. Bürgerfragerunde und Kernprobleme

- **Gemeindesteuerreform:** Eine Bürgerin (Isolde Petig) fordert ein kommunales Unternehmenssteuergesetz, um Steuerschlupflöcher internationaler Konzerne (Briefkastenfirmen, Verlagerung von Gewinnen durch Betriebsauflösungen bei Opel) zu schließen. Zudem kritisiert sie die halbjährige Verzögerung bei der Grundsteuerfestsetzung durch die Politik, was die Stadt rund 40.000 Euro an Zwischenfinanzierungszinsen gekostet habe.
- **Gewerbesteuer-Kalkulation:** Auf Nachfrage eines Bürgers (Bernd Mössinger) zur Volatilität der Gewerbesteuer räumte der Kämmerer ein, dass die Vorauszahlungen der Vergangenheit im Haushaltsvolumen und Personalaufbau (Anstieg von 860 Mitarbeitern im Jahr 2017 auf heute 1.500) direkt ausgegeben wurden. Die Rückforderungsansprüche des Finanzamts trafen die Stadt daher unvorbereitet ("Geld auf Gutgläubigkeit ausgegeben").

5. Medientechnischer Ausblick

Kommentator Achim Weidner kündigte für **Ende Juni 2026 die Abschaltung des UKW-Empfangs** für Radio Rüsselsheim an. Der Sender wechselt aus Kostengründen vollständig auf **DAB+ und den weltweiten Internetstream** (ab 1. Juli 2026). Gleichzeitig kündigte er an, die Aufzeichnungen der Bürgerversammlungen systematisch per generativer KI zu transkribieren, um den nach der Kommunalwahl am 15. März 2026 neu gewählten Stadtverordneten ein belastbares und durchsuchbares digitales Archiv ("Beweismittelsicherung für die Öffentlichkeit") zu übergeben.